

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

FÜNFZEHNTE JAHR

MÄRZ 1964

3

HELMUT LINDEMANN

Plädoyer für eine neue Politik

Ich glaube, daß der Glück hat, welcher mit seiner Art zu handeln in die Zeit paßt, und ebenso der Unglück, dessen Handlungsweise nicht zur Zeit stimmt.

Niccolo Machiavelli

I

Deutschland braucht eine neue Politik. Das ist eine Binsenwahrheit, die auszusprechen man sich scheuen müßte, wären nicht die weitaus meisten deutschen Politiker diesseits und jenseits von Mauer und Zonengrenze augenscheinlich vom Gegenteil fest überzeugt. Dabei können wir auf eine Kritik der Politiker drüben hier zunächst verzichten, da es in unserem Teile Deutschlands genügend Uneinsichtigkeit, Verblendung und Selbstgerechtigkeit zu bekämpfen gibt. Vor wenigen Wochen erst hat *Rainer Barzel* befriedigt festgestellt, daß Bundeskanzler *Erhard* zwar einen neuen politischen *Stil* entwickle, in der *Sache* aber die Politik seines Vorgängers unverändert fortführe. Bemerkenswerterweise hat die sozialdemokratische Opposition an dieser Äußerung kaum Anstoß genommen; auch sie scheint der Ansicht zuzuneigen, daß die bisherige Politik in der Substanz richtig gewesen sei und daher allenfalls einiger Schönheitsreparaturen bedürfe. Wer solches glaubt, befindet sich auf einem Holzweg. Wer nicht begreift, daß Deutschland auf den meisten Gebieten einer neuen Politik bedarf, droht ins Unglück zu laufen, weil „dessen Handlungsweise nicht zur Zeit stimmt“. Die *Ära Adenauer* ist, was schon in ihrer letzten Phase erkennbar war, ein Übergangsstadium gewesen, eine der Restauration gewidmete Erholungspause. Man braucht heute nicht mehr darum zu streiten, ob 1945 oder 1949 eine andere Politik möglich gewesen wäre. Es genügt festzustellen, daß die damals gewählte Politik sich erschöpft hat. Daraus gilt es Folgerungen zu ziehen.

II

Wenn solche Folgerungen hier zunächst für die Außenpolitik gezogen werden, so nicht deshalb, weil diese absoluten Vorrang beanspruchen dürfte — das war einer der großen Irrtümer von 1949 —, sondern weil an ihr besonders deutlich wird, wie wenig unsere Handlungsweise „zur Zeit stimmt“. Manche Leute in Bonn hatten das gerade zu merken

begonnen, weil in Amerika der junge Präsident *Kennedy* nicht nur den Stil, sondern die Substanz der amerikanischen Politik zu ändern begonnen hatte. Sein unzeitiger Tod hat hier und anderswo alle Politiker ermutigt, die da meinen, sie könnten hinter die kostbarste Errungenschaft der kurzen Ära *Kennedy* zurückgehen: die Erkenntnis, daß sich die Politik nach den Gesetzen und Einsichten der Vernunft zu richten hat, weil eine von Emotionen, vom Irrationalen bestimmte Politik im Atomzeitalter zu einem lebensgefährlichen Luxus geworden ist. Leider steht in der Bundesrepublik heute nicht diese Erkenntnis, sondern ein ganz anderes Vermächtnis jener hoffnungsvollen drei Jahre im Vordergrund der politischen Szene: die kuriose Aufspaltung unserer Regierungsparteien in „Gaullisten“ und „Amerikaner“. Sie ist zwar von *Kennedy* niemals und von *de Gaulle* höchstens am Rande beabsichtigt gewesen, ist aber dennoch eine Frucht der immer deutlicher hervortretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Washington. Anstatt nun aber zu erkennen, daß diese Meinungsverschiedenheiten nur ein Symptom des Verfalls der NATO sind, glauben die meisten bundesdeutschen Politiker (weit über die Reihen der Regierungskoalition hinaus), daß wir dadurch genötigt würden, zwischen Washington und Paris zu wählen. Nichts könnte abwegiger sein. Sache der Bundesregierung ist es, *deutsche* Außenpolitik zu treiben; um das tun zu können, müssen wir zunächst im Westen mit möglichst vielen Hauptstädten gute Beziehungen unterhalten, also mit Washington ebenso wie mit Paris. Allerdings scheint der von Optimismus förmlich aufgeblähte Herr *Erhard* zu glauben, daß gute Beziehungen Selbstzweck seien und wirkliche Politik ersetzen könnten. Das ist ein Irrtum.

III

Gegenstand einer zeitgemäßen deutschen Außenpolitik muß heute vor allem eine Antwort auf die deutsche Frage sein. Das ist abermals eine Binsenwahrheit — aber was hilft es? Nähmen unsere Politiker diese Binsenwahrheit ernst, dann müßten sie daraus Folgerungen ziehen. Vor allem müßten sie sich und der Öffentlichkeit eingestehen, daß das fünfzehn Jahre lang verkündete Ziel — „die Wiedervereinigung Deutschlands in Friede und Freiheit“ — auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist. Das aber bedeutet, daß solches Streben nach Wiedervereinigung heute keine Antwort auf die deutsche Frage ist. Das, was in den letzten fünfzehn Jahren die Deutschlandpolitik der Bundesregierung war oder dafür ausgegeben wurde, ist gescheitert. Sie hat weder vermocht, die Sowjetregierung zum Verzicht auf ihren deutschen Teilstaat zu bewegen noch hat sie erreicht, daß in diesem deutschen Teilstaat Verhältnisse geschaffen wurden, die unseren dort lebenden Landsleuten ein weniger hartes Leben ermöglichten. Vieles lag außerhalb unserer Einwirkungsmöglichkeit, anderes haben wir gar nicht ernstlich versucht. Wenn eine Politik sich als unwirksam erweist, gibt man sie auf. Der Franzose *Antoine de Rivarol*, ein Kind der vernunftbestimmten Aufklärungszeit, hat vor bald zweihundert Jahren gesagt: „Man hat kein Recht zu Unmöglichem.“ Das ist in der Sprache des Moralisten dasselbe, was der Realpolitiker *Bismarck* hundert Jahre später in die Worte kleidete: „Die Politik ist die Kunst des Möglichen.“ Hingegen ist das, was gegenwärtig in der Bundesrepublik zum Thema Wiedervereinigung gesagt wird, bestenfalls der Versuch einer magischen Beschwörung des Unmöglichem. Das mag tun, wer da will — mit Politik hat es nichts gemein.

IV

Wir brauchen eine neue Politik, und als Kernstück einer neuen Politik brauchen wir eine neue Antwort auf die deutsche Frage. Machen wir eine nüchterne Rechnung auf. Erstens: die Wiedervereinigung, wie man sie sich bisher in Bonn vorgestellt hat, ist auf absehbare Zeit unmöglich; denn die Sowjetunion ist nicht bereit, auf die DDR als

selbständigen Staat zu verzichten, und im Westen ist niemand bereit, zur Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit irgendwelche Opfer zu bringen. Zweitens: die Wiedervereinigung nach Pankower Vorstellungen ist für uns nicht annehmbar. Drittens: die Idee einer Konföderation, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht aussichtslos erschien, ist inzwischen zerredet und diskreditiert worden. Viertens: die Fortdauer des jetzigen Zustandes stellt uns nicht nur ein politisches Armutszeugnis aus, sondern ist vor allem eine Quelle immer neuer Spannungen. Fünftens: die Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR gehört zu den politischen Aufgaben der Bundesregierung, solange diese sich für alle Deutschen verantwortlich fühlt.

Wer ebenso nüchtern weiterrechnet, kommt unweigerlich zu der Einsicht, daß die Antwort auf die deutsche Frage auf absehbare Zeit hinaus nicht Wiedervereinigung oder Konföderation heißen kann, sondern *Koexistenz zweier deutscher Staaten* heißen muß. Solange die Bundesrepublik an der Fiktion festhält, daß es die DDR nicht gebe, und solange es stillschweigend oder ausdrücklich ihr Ziel bleibt, das dortige Regime zu beseitigen, werden wir Deutsche in der deutschen Frage nicht einen Schritt weiterkommen. Es geht nicht mehr darum, ob wir das von außen aufgezwungene kommunistische Regime schön finden; wer täte das wohl? Es geht um die Einsicht, daß wir nichts daran ändern können, weil es der unumstößliche Wille Moskaus zu sein scheint, an der Teilung Deutschlands festzuhalten. (Merkwürdigerweise glaubt man bei uns *Chruschtschow* jede massive Drohung — nur nicht seine ganz nüchtern geäußerte Entschlossenheit, an der Teilung Deutschlands nicht rütteln zu lassen.) Heute ist die — mindestens faktische — Anerkennung der DDR noch ein Mittel unserer Politik, das zu benutzen wir uns entschließen können. Morgen oder übermorgen wird die Entwicklung uns zwingen, einen Sachverhalt anzuerkennen, den zu ignorieren andere Regierungen nicht mehr lange bereit sein werden.

V

Der Vorschlag, die DDR mindestens faktisch anzuerkennen, wird selbst heute noch bei vielen Bundesbürgern Entrüstung auslösen. Entrüstung ist jedoch kein Ersatz für Politik. Die Anerkennung ist schließlich nur die ultima ratio deutscher Politik, da wir erfahren haben, daß die bisher betriebene Politik gescheitert ist. Wir werden bald erfahren, daß die Anerkennung Pekings durch Frankreich in vielen Hauptstädten Nachahmung finden und außerdem zu der Frage führen wird: Warum nur Peking, warum nicht auch Pankow? Wir können viele greifbare Unterschiede als Begründung anführen; aber wir werden damit keinen Eindruck machen. Die Welt will in Mitteleuropa nicht die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern sie will hier Entspannung. Die Welt will das um so mehr, als sich der Schwerpunkt der internationalen Auseinandersetzungen — wiederum weitgehend im Gefolge der Anerkennung Pekings — immer stärker nach Ostasien und Afrika, vielleicht auch nach Lateinamerika verlagern wird. In dieser Situation soll Europa jedenfalls aufhören, Krisenherd zu sein.

Hierin liegt manche bittere Erkenntnis, aber auch manche politische Möglichkeit beschlossen. Die Anerkennung der DDR ist ja schließlich nicht Selbstzweck. *Danach* können wir durch nachdrückliche Wirtschaftshilfe die materielle Lage unserer Landsleute verbessern. Es mag peinlich oder mindestens ungewohnt sein, wenn im Ausland zwei deutsche Staaten nebeneinander auftreten. Aber braucht die Bundesrepublik den Wettbewerb zu fürchten? Das Regime in Pankow lebt heute hauptsächlich von der Tatsache, daß es sich durch seinen Kampf gegen die Bundesrepublik in den Augen Moskaus ständig neu aufwertet. (Während komischerweise die Bundesregierung ständig fürchtet, sie könne Ulbricht durch ein Nachlassen ihres Widerstandes „aufwerten“.) Vor allem aber sollten wir das ganze Problem einmal nicht mehr unter primär antikommunistischem, sondern unter primär deutschem Blickwinkel betrachten. Die weltpolitischen Wirkungsmög-

lichkeiten beider deutscher Teilstaaten sind heute gering, auch die Möglichkeiten der Bundesrepublik; daran ändert ihre Heranziehung zur Entwicklungshilfe so wenig wie der Versuch, die Bundeswehr als Schutztruppe auf Zypern zu verwenden. Diese an sich geringen Möglichkeiten werden durch den unaufhörlichen Bruderzwist noch weitgehend aufgehoben. Es erscheint heute, da wir fast alle noch in den Vorstellungen und Vorurteilen des kalten Krieges befangen sind, vielleicht phantastisch: ausgeschlossen ist es keineswegs, daß zwei deutsche Regierungen, die sich nicht mehr im gegenseitigen Kampf erschöpfen, für ihre beiden Staaten und für den Frieden in Europa einiges ausrichten, was heute unerreichbar erscheint. Wer aber auf den, der solches vorträgt, Steine werfen will, lese vorher noch einmal bei *Antoine de Rivarol* nach: „Die Politik gleicht der Sphinx der Fabel: sie verschlingt alle, die ihre Rätsel nicht lösen.“ Nur wer eine bessere, das heißt aber vernünftigere Lösung anzubieten hat, ist berechtigt, auf die unausweichlich gewordene Anerkennung der Tatsachen in Mitteleuropa zu verzichten.

VI

Deutschland, braucht eine neue Politik. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten — deren Dasein eine bedauerliche, aber offenbar zunächst unabänderliche Folge des zweiten Weltkrieges ist — kann freilich nicht Inhalt, sondern nur Ausgangspunkt solcher neuen Politik sein. Schließlich ist ja die verfahrenere Lage unserer Deutschlandpolitik nicht das einzige, sondern nur das markanteste Symptom des Zustandes, in dem sich unser gesamtes politisches Leben befindet. Die Vorgänge in der Bundeswehr offenbaren, wie berechtigt die Sorgen aller derer waren, die vor einer überstürzten Aufrüstung gewarnt haben. Der offensichtliche Zerfall der NATO — die auf Zypern nicht zur Abwehr kommunistischer Expansion, sondern zur Verhütung eines Krieges zwischen dem NATO-Staat Griechenland und dem NATO-Staat Türkei tätig werden soll, während Frankreich sich mehr und mehr seinen Bündnispflichten entzieht — dieser Zerfall zwingt uns zum außenpolitischen Umdenken.

Die Grotteske, die das Kabinett Erhard um das sogenannte Sozialpaket aufgeführt hat, sollte uns abermals daran erinnern haben, daß weder unsere Regierung noch unsere Opposition uns in fünfzehn Jahren ein glaubwürdiges und zeitgemäßes Programm für eine durchgreifende Gesellschaftsreform vorgelegt haben. Nicht anders steht es um die Finanz- und Steuerreform. Am bedrohlichsten ist die Lage aber zweifellos auf dem weiten und immer wichtiger werdenden Gebiet der Kulturpolitik. Beim Bundespräsidenten angefangen, verstummen die Reden nicht, die eine durchgreifende Bildungsreform verlangen. Eine Bildungsreform ist aber ein Vorhaben, das nicht mit der Gründung von einem halben Dutzend Universitäten zu erledigen ist — ganz abgesehen davon, daß noch viele Jahre vergehen werden, ehe auch nur dieses halbe Dutzend Universitäten vorhanden sein wird. (Großbritannien errichtet bis 1980 mindestens zwanzig neue Universitäten und ist bereits fleißig dabei.) Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Geht man den Dingen auf den Grund, findet man fast überall dieselbe Ursache: Es fehlt uns an Planung.

VII

Es fehlt uns an Planung, weil die politischen Kräfte, die seit fünfzehn Jahren die Bundesregierung getragen haben, von einem ideologisch verkrampften Vorurteil gegen jegliche Planung geradezu besessen sind. Ihnen wie überhaupt vielen Bundesdeutschen ist die Vorstellung nicht auszureden, daß Planung notwendigerweise zu so fürchterlichen Zuständen führen müsse, wie sie heute großenteils in der DDR herrschen. Ulbricht betreibt den Marxismus-Leninismus gemäß dem schrecklichen Wort seines sächsischen Landsmannes *Richard Wagner*: „Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen

tun.“ Er betreibt ihn also ohne Rücksicht auf das, was für seinen Quasi-Staat und dessen Bewohner gut und nützlich und gleichwohl im Rahmen der kommunistischen Ideologie noch möglich wäre. Das hat dazu geführt, daß seine Planwirtschaft zu einer Travestie echter, vernunftgemäßer (und das heißt: humaner) Planung geworden ist. Das aber kann oder will der durchschnittliche Bundesbürger nicht einsehen. Er kann oder will nicht begreifen, daß man, wie alle Dinge, auch Planung richtig und falsch betreiben kann; daß Planung nicht notwendigerweise zur Aufhebung oder auch nur zur entscheidenden Einschränkung der persönlichen Freiheit zu führen braucht; daß Planung vielmehr in unserer überaus kompliziert gewordenen Welt das einzige wirksame Mittel zur Gestaltung einer einigermaßen freien und gerechten gesellschaftlichen Ordnung ist. Daher ist es geradezu die Pflicht der Bundesregierung, praktisch darzustellen, wie man richtig planen kann. Nur auf diesem Wege kann die Bundesrepublik zu einer neuen Politik gelangen. Nur auf diesem Wege kann sie aber auch auf sehr lange Sicht die Voraussetzungen dafür schaffen, daß eines Tages aus dem Nebeneinander der beiden deutschen Staaten ein Miteinander werden kann. Sollten nämlich eines Tages die internationalen Hindernisse, die heute einer Wiedervereinigung oder auch nur einer Konföderation der beiden deutschen Staaten im Wege stehen, dennoch hinweggeräumt werden, dann könnte die wünschenswerte Zusammenarbeit — an deren Ende vielleicht eines fernen Tages doch so etwas wie eine Wiedervereinigung stehen könnte — nur als Partnerschaft beider Teile Deutschlands verwirklicht werden. Hinsichtlich der Vorstellungen, welche viele Bewohner der DDR schon heute von Gestalt und Gehalt eines wiedervereinigten deutschen Staates hegen, würden die meisten Bundesbürger vermutlich herbe Enttäuschungen erleben. Schon um die erwähnte Partnerschaft eines Tages zu erleichtern, müssen wir in Westdeutschland uns mit Planung beschäftigen. Wir müssen es aber auch im eigensten Interesse tun.

VIII

Es ist zwecklos, im gegenwärtigen Stadium im Detail zu entwickeln, wie die Planung auf den verschiedenen Teilgebieten einer neuen Bundespolitik auszusehen hätte. Wohl aber erscheint es angebracht zu fordern, daß unverzüglich *die Apparatur* geschaffen werde, der diese Aufgaben anvertraut werden können. Es bedarf dazu nicht etwa eines Bundesministeriums für Planung. Vielmehr dürfte sich im Zuge einer umfassenden Planung herausstellen, daß wir auf das eine oder andere der in den letzten acht Jahren geschaffenen Bundesministerien verzichten können. Wohl aber benötigt die Bundesregierung einen kleinen *ständigen Beirat* von etwa zwanzig sachkundigen und politisch gebildeten Personen, der die Regierung in allen mit der Planung ihrer Politik zusammenhängenden Fragen beraten kann. Aufgabe dieses Beirates wäre es, im Einvernehmen mit der Regierung für bestimmte Projekte Untersuchungskommissionen — nach dem Vorbild der britischen *Royal Commissions* — einzusetzen, deren Vorschläge dann dem Parlament zur Beratung und Verwirklichung vorzulegen sind. Der Beirat hat dafür zu sorgen, daß die einzelnen Planungsvorhaben auf sinnvolle Weise koordiniert werden.

Es liegt auf der Hand, daß die Umstellung der deutschen Politik von dem derzeitigen Zustand — der eine unverträgliche Mischung aus Rückständen des Laissez-faire, Interessentenpolitik und Überresten des preußischen Obrigkeitsstaates oder süddeutscher Duodezherrlichkeit ist — auf eine zeitgemäße und planvolle Politik nicht ohne erhebliche Änderungen unserer Verfassungsstruktur zu erreichen ist. Der Kulturföderalismus muß ebenso fallen, wie eine Verlängerung der Legislaturperioden des Bundestages nötig wird. Auch insoweit sollen hier noch keine Einzelheiten erörtert werden, doch gilt es zu erkennen, daß hier nicht diese oder jene Verzierung entfernt oder angebracht werden soll, sondern daß eine grundlegende Erneuerung unserer Politik gefordert wird.

Leider steht kaum zu erwarten, daß eine unserer politischen Parteien sich in absehbarer Zeit solche Forderungen zu eigen machen wird. Die jetzigen Regierungsparteien werden es wegen ihrer erwähnten ideologischen Planungsfeindlichkeit nicht tun, während die Sozialdemokratie vermutlich befürchten wird, sie könne durch das Eintreten für eine sinnvolle Planung unserer Politik alle oder doch viele Anhänger wieder verlieren, die sie in den letzten Jahren durch die weitgehende Angleichung ihrer Politik an diejenige der Regierungsparteien gewonnen hat. Solche Befürchtungen mögen oberflächlich berechtigt sein. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß in der Bevölkerung der Bundesrepublik ein tiefes und verbreitetes Verlangen nach einer durchgreifenden Erneuerung unserer Politik vorhanden ist. Dieses Verlangen hat bisher deshalb noch keinen allgemeinen Ausdruck gefunden, weil es an Führern und Organisationen fehlt, die sich zu einer modernen Politik bekennen und die Überzeugung wecken, daß solche Politik eine Zukunft hat. „Der Deutsche zeigt“, wie *Friedrich Schelling* vor hundertfünfzig Jahren geschrieben hat, „seine angeborene Treue selbst im Verkehrten, es nicht verlassend, sondern ausbildend bis zur vollkommenen Erscheinung der Nichtigkeit.“ Dieser Gewohnheit gilt es zu begegnen, wo immer das geschehen kann.